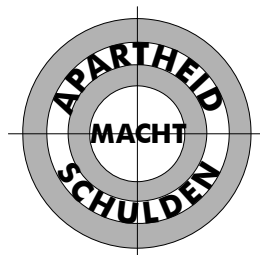


Internationale Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

International Campaign on Apartheid-Caused Debt in Southern Africa

KASA c/o Werkstatt Ökonomie

Obere Seegasse 18
D-69124 Heidelberg
Tel. 06221 785545, Fax 06221 781183
theo.kneifel@woek.de
www.woek.de



medico international

Obermainanlage 7
D-60314 Frankfurt/Main
Tel. 069 9443827, Fax 069 436002
info@medico.de
www.medico.de

KOSA

August Bebel Str. 62
D-33602 Bielefeld
Tel. 0521 98648-51/52, Fax 0521 63789
kosa@kosa.org
www.kosa.org

SODI

Grevensmühlener Str. 16
13059 Berlin
Tel. 030 928 6047, Fax 030 928 6003
SODI-international@t-online.de
www.sodi.de

Inhalt

Presserklärung: USA: Apartheidopfer klagen gegen deutsche Firmen

Anmerkungen zur Sammelklage von Apartheidsopfern in den USA

medico-Projektinformation zur Khulumani Support Group (Südafrika)

Rechtsgültige Berichte der Kläger (Auszüge)

Die Klageschrift ist ab dem 12.11.02 ab 14.30 Uhr unter www.cmht.com einsehbar.

Sperrfrist: Dienstag, 12.11. 12 Uhr

USA: Apartheidopfer klagen gegen deutsche Firmen
Internationale Kampagne fordert Streichung der Apartheidschulden und Einrichtung eines
Entschädigungsfonds

Die Südafrikanerin Catherine Mlangeni ist eine der Klägerinnen gegen 20 internationale Firmen und Kreditinstitute - darunter auch mehrere deutsche Unternehmen -, gegen die der renommierte **US-amerikanische Anwalt Michael Hausfeld** am Montag Nachmittag vor einem **US-Gericht Schadensersatz-Klage** eingereicht hat. Catharine Mlangeni verlor ihren Sohn Bheki bei einem Briefbombenattentat 1991. Mlangeni war ein renommierter schwarzer Anwalt, der gegen die Todesschwadronen prozessierte. Das kostet ihn das Leben. Seine Mörder wurden im Rahmen der Wahrheits- und Versöhnungskommission amnestiert. Seine Familie verlor einen Sohn, Vater und Ehemann und den wichtigsten Verdiener. „Als mein Sohn Rechtsanwalt wurde, dachte ich alle meine Sorgen seien vorbei“, so Mlangenis Mutter. „Nun bin ich so arm wie zuvor“. Denn weder sie noch die anderen Tausende Apartheid-Opfer, die vor der Wahrheits- und Versöhnungskommission ausgesagt hatten, haben je die versprochene Entschädigung erhalten. Gemeinsam mit fünfhundert Apartheid-Opfern der Selbsthilfeorganisation „**Khulumani**“ trat Catherine Mlangeni am Dienstag Vormittag in Johannesburg vor die Presse, um die Einreichung der Klage in den USA als „ein Zeichen der Hoffnung“ zu feiern.

„Nach Jahren zähen Ringens um Entschädigung“ so der Geschäftsführer von medico international, Thomas Gebauer auf einer zeitgleich in Berlin stattfindenden Pressekonferenz, „ist die Klage **Ausdruck für eine tiefe Enttäuschung** der Opfer, die Unrecht erlitten aber bis heute keine Entschädigung erhalten haben.“ Die Frankfurter Hilfsorganisation unterstützt die Arbeit von Khulumani seit ihrer Gründung, weil „die Zukunft Südafrikas in entscheidendem Maße davon abhängt, wie es dem Land gelingt, mit seiner verbrecherischen Vergangenheit umzugehen und die Opfer dieser Verbrechen politisch und sozial zu rehabilitieren“, so Gebauer.

Gemeinsam mit anderen deutschen Nichtregierungsorganisationen setzt sich medico international deshalb seit vielen Jahren in der „**Internationalen Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika**“ auch dafür ein, dass die deutschen Unternehmen und Banken, die an der Zusammenarbeit mit der Apartheid verdient haben, politische und finanzielle Verantwortung für ihre Unterstützung der Apartheid übernehmen. „Immer wieder haben wir vor der Aktionärsversammlung der Deutschen Bank demonstriert und Briefe an betroffene Unternehmen versandt, um auf das Problem der Apartheid-Opfer und deren schwierige soziale Situation hinzuweisen. Man hat uns nicht einmal angehört“, so Gebauer. „Hätte man mit uns gesprochen, hätte der juristische Weg vermieden werden können.“

Nun werden 20 Großunternehmen, darunter von deutscher Seite u.a. die **Deutsche Bank, die Dresdner Bank, Daimler Chrysler** und **Rheinmetall** in der mehr als **100 Seiten umfassenden Klageschrift Michael Hausfelds** auf Schadensersatz verklagt.

Hintergrund für die Klage gegen die Banken ist die Tatsache, dass der deutsche Nettokapitalexport nach Südafrika zwischen 1985 und 1993 2,13 Milliarden Euro entsprach, von denen der weitaus größte Teil zur Finanzierung des öffentlichen Sektors und damit der Infrastruktur des Regimes selbst verwendet wurde. Die deutschen Banken erheben auf 27,3 Prozent der südafrikanischen Auslandsschulden im öffentlichen Sektor Anspruch. Damit reklamieren sie in gewisser Weise für sich auch, der wichtigste Direktfinanzier der Apartheid

gewesen zu sein. Deutsche und Schweizer Banken spielten eine führende Rolle, als sie im „Technischen Komitee“ im September 1985 dem bereits schwer angeschlagenen Apartheid-Regime Umschuldungen ohne jede politische Auflage gewährten. Damit hat man nicht nur die Apartheid noch weitere neun Jahre am Leben erhalten, man hat die Sicherung seiner eigenen Pfründe vor die Wahrung der Menschenrechte gestellt.

Hintergrund der Klage gegen **Daimler-Chrysler** und **Rheinmetall** ist die Verwicklung dieser Firmen in äußerst fragwürdige Rüstungsgeschäfte mit Apartheid-Südafrika. Rheinmetall hat zum Beispiel 1977 unter falschen Angaben eine komplette Munitionsabfüllanlage über Paraguay nach Südafrika geliefert. Daimler Benz lieferte 1978 2.500 Unimogs und klassifizierte sie für den nicht-militärischen Gebrauch. Tatsächlich wurde der Unimog zur Standard-Ausrüstung in der südafrikanischen Armee.

Auf der Berliner Pressekonferenz wiederholten die Mitglieder der Kampagne die **Forderung der „Internationalen Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika“**, die jetzt durch die Einreichung der Klage eine juristische Untermauerung erfahren haben:

- bedingungslose Streichung der unter der Apartheid entstandenen Auslandsschulden
- Rückzahlung der vom demokratischen Südafrika bereits erstatteten Schulden
- Wiedergutmachungszahlungen durch die deutschen Unternehmen, die an der Apartheid profitiert haben, in einen Fonds, der individuelle Entschädigungen an die Opfer des Apartheid-Regimes auszahlt und zugleich Maßnahmen finanziert, die eine demokratische und sozial gerechte Entwicklung in Südafrika und der Region fördern.

Die deutschen Mitglieder der internationalen Kampagne sind neben medico international: Solidaritätsdienst International (SODI), Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA), Koordination Südliches Afrika (KOSA)

Für weitere Nachfragen wenden Sie sich bitte an:

Katja Maurer, medico-Pressesprecherin, medico	01711221261
Anne Jung, medico-Kampagnen-Koordinatorin	069-9443827
Dieter Simon, Geschäftsführer Koordination Südliches Afrika	0521-9864851

Anmerkungen zur Sammelklage von Apartheidsopfern in den USA

Von Gottfried Wellmer, Wissenschaftler und Journalist, Bonn

1998 wurde die weltweite Kampagne „Jubilee South Africa“ zur Streichung der Schulden von Entwicklungsländern gegründet. In Südafrika bezog sich die Kampagne dabei auf die Schulden, welche vom ehemaligen Apartheidregime geerbt worden waren. Die Forderung lautet seither auf Streichung der Schulden als einem ersten Schritt zur Wiedergutmachung des Unrechts, das den Opfern der Apartheid angetan worden war. Die Gläubiger reagierten jahrelang nicht. Daher soll eine Klärung der anstehenden Forderung nun vor Gericht stattfinden.

Die Klage beruft sich auf allgemein akzeptierte Normen des Internationalen Rechts¹ und richtet sich gegen Banken und Unternehmen, welche direkt oder indirekt die Sicherheitsapparate des Apartheidsystems und/oder dessen strategisch wichtige Staats-Unternehmen im Bereich Telekommunikation, Transport, Stahl und Energie (Strom, Benzin, Diesel) unterstützt haben.

Diese Unternehmen haben das Apartheidsystem nicht erfunden, d.h. sie sind nicht primär verantwortlich; aber sie haben sich nur 15 Jahre nach dem Ende des deutschen Faschismus stark um Geschäfte im/mit dem Apartheidstaat bemüht. Der Hinweis darauf, dass sie die Landesgesetze in Südafrika befolgen mussten, enthebt sie nicht der Verantwortung. Die internationale Gemeinschaft in der Form der UN Vollversammlung und des UN Sicherheitsrats haben Apartheid seit dem Massaker von Sharpeville, bei dem 67 Menschen erschossen wurden, die gegen die Passgesetze demonstrierten, viele Male als „Verbrechen an der Menschheit“ bezeichnet. Das freiwillige Rüstungsembargo 1963, das verpflichtende Rüstungsembargo vom November 1977 wie auch die Wirtschaftssanktionen 1986 waren unübersehbar. Banken und Unternehmen, die mit dem Apartheid Staat und staatlichen Konzernen profitable Geschäfte machten, wussten, was sie taten. Sie gelten in der Klage als Helfershelfer eines kriminellen Systems.

Weitere Erläuterungen des südafrikanischen Anwalts Charles P. Abrahams zur Argumentation der Anklage finden Sie in der Pressemappe und unter www.medico.de

Zu den deutschen Firmen, die von der Klage betroffen sind, gehören unter anderen die Deutsche Bank, die Dresdner Bank (jetzt Teil der Allianz-Gruppe), Rheinmetall und Daimler Chrysler.

Zu individuellen Bankanleihen an den öffentlichen Sektor Südafrikas gibt es zwei Quellen:

a) die Veröffentlichungen des *UN Center against Apartheid*²

¹ Diese Normen haben sich seit dem Verbot der Sklaverei entwickelt. Das Rom Statut des Internationalen Gerichtshofes benennt ausdrücklich das Apartheidsystem als internationales Verbrechen, ein System unmenschlicher Handlungen zu denen Mord, Versklavung, Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung, Folter und sexuelle Gewalt gehören. Diese Verbrechen fanden innerhalb einer Staatsverfassung und Gesetzgebung statt, die auf Rassendiskriminierung aufgebaut war, auf der systematischen Unterdrückung jeder Opposition, auf politischer Rechtlosigkeit, Kontrolle und Ausbeutung schwarzer Arbeitskräfte.

² UN Centre against Apartheid, Notes and Documents 5/79: Corporate Data Exchange, Inc., Bank Loans to South Africa 1972-1978; Notes and Documents October 1982: Beate Klein, Bank Loans to South

- b) die offiziellen Dokumente der südafrikanischen Regierung selbst, die mit der Unterschrift des Staatspräsidenten die Garantien für die Anleihen und Kredite ausländischer Banken an staatliche Konzerne in Südafrika zu unterzeichnen hatte.³ Diese Dokumente sind bis einschließlich 1980 allgemein zugänglich.

Deutsche Bank Gruppe⁴: Diese Gruppe nahm zwischen 1958 und 1980 an mindestens 69 Anleihen an den öffentlichen Sektor Südafrikas und an Gold- und Uranium Bergwerkshäusern teil, in 40 Fällen als Konsortialführer oder Manager. Der nominelle Wert dieser Anleihen betrug umgerechnet 2.344 Millionen US Dollar. Die zentrale Regierung des Apartheidstaates erhielt bis 1980 Anleihen im nominellen Wert von 2,3 Milliarden DM – das sind 84 % des Wert aller Anleihen an die Regierung, an denen sich deutsche Finanzhäuser zwischen 1958-1980 beteiligt haben.

Dresdner Bank Gruppe⁵: Bei dieser Gruppe konnten 60 Anleihen im Nationalarchiv identifiziert werden, von denen bis auf die Dresdner immer als Konsortialführer oder Manager aufgetreten ist. Der nominelle Wert dieser Anleihen betrug knapp 4,5 Milliarden DM (1.767 Millionen US-\$). 53% der Summe ging an den monopolistischen Staatskonzern ESCOM (Electricity Supply Commission), 23% (514,25 Millionen US-\$) an die zentrale Regierung, 55 Millionen US-\$ gingen an den strategischen Ölfund – Rücklage in Zeiten des OPEC Ölembargos. Die Dresdner besorgte auch einen Teil der Anschubfinanzierung zur Ausbeutung der Uranvorkommen bei Rössing, im besetzten Namibia, durch die IDC und *Rio Tinto Zinc*.

Nach dem Moratorium des Schuldendienstes von 1985 wurden Umschuldungsverhandlungen geführt. Die Deutsche, Dresdner und Commerzbank gehörten zu den Verhandlungsführern. Sie verzichteten auf die Formulierung politischer Auflagen, wie etwa die Forderungen des UN Sicherheitsrats (Res. 473 vom 13.Juni 1980).⁶ Sie zogen es vor, ihre Schäfchen ins Trockene zu bekommen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass Pretoria die umgeschuldeten Summen dazu benutzte, das Budget für Militär und Polizei drastisch zu erhöhen. Im Juni 1987, nur drei Monate nach dem Umschuldungsabkommen wurde das offizielle Verteidigungsbudget um 30% erhöht (zu Marktpreisen) und das Polizeibudget um 50 %, während die Regierungsausgaben allgemein sich nur um 15 % erhöhten.

Africa, 1979-mid-1982. Notes and Documents 12/85: Eva Militz Bank Loans to South Africa from mid-1982 to December 1984.

³ National Archive Pretoria, sabe fundus, URU series (Executive Council decisions), zitierbar nach Jahr, Band und Protokollnummer.

⁴ Deutsche Bank AG: Compagnie Financière de la Deutsche Bank, Luxembourg (100 %), AKA-Ausfuhrkreditanstalt GmbH, Frankfurt (27.6 %), European American Banking Corporation (Bahamas) (shares 1991: 23.2%), Euro-Credit S.A. (Panama), a daughter of EABC, European-American Bank & Trust Corporation, USA (shareholding unknown), European Banking Corporation, London (1980-1983: 14.1%), European Banks International Corp., Brussels, (1981-1989: 14.3%), Banque Européenne de Credit, Brussels, (1981-1983: 14.3%)

⁵ Compagnie Luxembourgeoise de Banque S.A., Luxembourg (99% of shares); AKA Ausfuhrkreditanstalt GmbH, Frankfurt aM., (17.94%); Eurofinance S.A.Paris (12.3%); Société Financière Européenne, (SFE, Luxembourg, -12.5% of the shares); Associated Banks of Europe Corporation S.A.Brüssel (ABECOR, 14.3% of shares)

⁶ Die Resolution forderte die bedingungslose Amnesty für alle politischen Gefangenen und exilierten Oppositionellen, die Beendigung aller Gewaltmaßnahmen gegen friedliche Demonstranten, Stop der Ermordung von verhafteten Oppositionellen, Stop der Folterung von politischen Gefangenen. Aufhebung des Verbots der oppositionellen Parteien und kritischer Medien; Beendigung aller politischen Prozesse. Gleiche Chancen für alle in schulischer und beruflicher Ausbildung

Rheinmetall AG, besonders Rheinmetall DeTec AG, Ratingen. Hier geht es um das erste rechtskräftige Urteil (Mai 1986) gegen einen der zehn wichtigsten deutschen Waffenfabrikanten seit der Gründung der Bundesrepublik. Untersuchungen gegen Rheinmetall begannen im Juni 1978 wegen des Verdachts falscher Endverbraucher-Angaben bei Waffenexporten. Der Prozess begann erst im Januar 1986. Er erregte große Aufmerksamkeit in den Medien, unter anderem, weil die Regierung 1983 eine „Lex Rheinmetall“ durchsetzen wollte, welches die Strafen für eine Verletzung des Kriegswaffenexportgesetzes um die Hälfte verringern wollte. Dies wurde durch den Protest der Medien verhindert.

1977 hatte die US Firma Space Research Corporation 155 mm Kanonen und Geschosshülsen an Südafrika geliefert.⁷ Rheinmetall machte falsche Export-Deklarationen gegenüber den Behörden; die Firma gab an, eine komplette Munitionsfüllanlage an eine nicht existierende Firma in Paraguay liefern zu wollen. Sobald aber das Material im Freihafen von Paranagua angekommen war, wurde es unter Aufsicht eines Rheinmetall Managers umgeladen auf ein Schiff nach Durban, Südafrika. Die Fabrik wurde einer Tochterfirma der ARMSCOR übergeben, der Naschem, welche bei Potchefstroom 1979 die neue, voll automatisierte Industrieanlage in Betrieb nahm.

Im September 1999 erwarb Rheinmetall DeTec die gesamte Waffenproduktion der schweizerischen Firma Oerlikon-Buehrle (Oerlikon Contraves Defence). Der schweizerische Waffenfabrikant Dieter Bührle und sein Verkaufsmanager Gabriel Lebedinsky wurden 1970 rechtskräftig in der Schweiz wegen illegalen Waffenhandels mit Südafrika verurteilt. Bührle wurde überführt, mithilfe falscher Endverbraucher Erklärungen Flugabwehrkanonen und Munition über Frankreich und teils Italien nach Südafrika verschifft zu haben. Acht Jahre später erhielten die beiden Schweizer die höchsten Militärorden Südafrikas „Star of South Africa“ erster (Bührle) und zweiter (Lebedinski) Klasse. Sie hatten sich inzwischen erneut um Südafrikas Verteidigung und die Verletzung des Rüstungsembargos verdient gemacht: Das Schlachtschiff Tafelberg wurde 1983 mit 120 mm und 40 mm Flugabwehrkanonen ausgerüstet. Außerdem hatte sich Oerlikon Bührle nun auch auf den Verkauf von Lizenzen seiner Waffenpatente konzentriert. Im südafrikanischen Patentamt wurden in der Zeit von 1980-1989 schon mehr als 25 registrierte Patente der Firma gesichtet. Das US State Department warnte Mitte der 80er Jahre die schweizerische Botschaft in Washington über diesen Versuch, gemeinsame schweiz-südafrikanische Waffenproduktion aufnehmen zu wollen.

Daimler Chrysler: Der Konzern hat seit 1978 mindestens 2.500 Unimogs an die südafrikanische Armee geliefert und klassifizierte diese Exporte als nur für den nicht-militärischen Gebrauch bestimmt. Tatsächlich wurde der Unimog zum Standard in der südafrikanischen Armee und wurde auch öffentlich in Armee-Paraden vorgeführt, zum Teil mit vielfachen Raketenwerfern bestückt. Das Unimog chassis wurde auch zum Ausgangspunkt des armierten Truppentransporters „Buffel“ benutzt, ebenso wie für den Raketenwerfer „Valkiri“. Militärlastwagen wurden in den Johannesburger Benz-Werkstätten repariert.

Bereits 1978 hatte der Stuttgarter Konzern eine Lizenz für Dieselmotoren an die staatliche Firma „Atlantis Diesel Engines“ (ADE) vergeben, an der er 12,5% an Aktienanteilen erwarb.

⁷ Vgl. Signe Landgren, Embargo Disimplemented. South Africa's Military Industry. Stockholm International Peace Research Institute. Oxford University Press 1989, Seiten 88-95

ADE produzierte in Monopolstellung Diesel-Motoren für schwere Nutzfahrzeuge. 1984 hatten ADE Dieselmotoren einen Marktanteil von rund 80 %. Der Eland-Panzer, ursprünglich von der französischen Panhard 1982 erworben, benutzte nach einer Reihe von Entwicklungen einen von ADE entwickelten Dieselmotor und wird so (als Eland Mark 7 DT) auch exportiert.⁸ Auch der gepanzerte Truppentransporter „Blesbok“ und der gepanzerte „Duiker“ waren mit ADE Motoren ausgestattet.

1985/86 erwarb Daimler Benz die Aktienmehrheit an der AEG⁹ und an der AEG-Telefunken Tochterfirma in Johannesburg. AEG und Siemens beteiligten sich am Advokaat Projekt der südafrikanischen Marine. Die Zentrale kann den gesamten Schiffsverkehr im Südatlantik und im Indischen Ozean beobachten. Während der Sabotage Operation „Argon“ im Mai 1985, als Recce Truppen Südafrikas die Anlagen der Cabinda Gulf Oil zerstören wollte, unterhielt das Silvermine Kontrollzentrum der südafrikanischen Marine bei Simonstown angeblich ständigen Kontakt mit dem südafrikanischen U-Boot – französischer Herkunft -, welches die angreifenden Truppen bis zur Küste von Cabinda (Angola) transportiert hatte.¹⁰

Im September 1989 erwarb Daimler Benz die Messerschmidt-Bölkow-Blohm. Im August 1985 wies Monitor (WDR) in einer Sendung nach, dass MBB fünf Hubschrauber illegal an die südafrikanische Polizei geliefert hatte, die damit Massen-Demonstrationen überwachte und führende Aktivisten identifizieren wollte.¹¹

Auch gründliche Recherchen können nicht beanspruchen, die ganze historische und wirtschaftliche Wahrheit zu erfassen, wenn ihnen die Archive in der deutschen Wirtschaft nicht offenstehen. Das gestern begonnene Verfahren wird ab einem bestimmten Zeitpunkt das Offenlegen aller Karten verlangen ("disclosure"). Die Klage lautet auf Unterstützung eines kriminellen Systems. Da können sich Manager nicht mehr hinter sonst notwendige Schutzklauseln wie Bank- und Geschäftsgeheimnisse verstecken. Es geht ja um die Verletzung internationaler Rechtsnormen, unter anderem des verpflichtenden Rüstungsembargo des UN Sicherheitsrates. Eine freiwillige Öffnung der Firmenarchive gegenüber unabhängigen Wirtschaftshistorikern noch vor dem "disclosure" Verfahren des Gerichts ist deshalb die Forderung der Stunde.

⁸ Jackie Cilliers, Defence Research and Development in South Africa – The Role of the CSIR." In: African Security Review Band 5 N° 5 (1996)

⁹ Handelsblatt vom 23 Juni 1986

¹⁰ Peter Stiff, The Silent War. South African Recce Operations 1969-1994. Galago Publishing, Alberton, 2001 (2.Auflage), Seite 467

¹¹ H.Lohrscheid, "Hubschrauber für Südafrikas Polizei. Ein Lehrstück bundesdeutscher Afrikapolitik." In Informationsdienst Südliches Afrika Nr 6/1985, Seiten 18-19

medico-Projektinformation zur Khulumani Support Group (Südafrika)

»Unter der Apartheid haben massive Menschenrechtsverletzungen stattgefunden. Bevor wir uns in eine gemeinsame Zukunft für alle Südafrikaner bewegen müssen wir unsere Vergangenheit kennen und annehmen. Wir müssen die Wahrheit über Verschwindenlassen, Töten, Folter und andere Menschenrechtsverletzungen, die unter der Apartheid begangen wurden, öffentlich machen und die Täter beim Namen nennen.« (Aus den Grundsätzen von Khulumani)

Die Rückgewinnung der Identität und der eigenen Geschichte, die die Apartheid durch Rassentrennung und blanken Terror systematisch zu zerstören versuchte, ist ein wesentlicher Faktor, um ein neues Südafrika mit einer selbstbewußten schwarzen Mehrheit aufzubauen. Wie schwierig und komplex dieser Prozess ist, zeigt die Arbeit von Khulumani, dem größten Zusammenschluss von Apartheid-Opfern in Südafrika. »Frei aussprechen« – das bedeutet Khulumani im südafrikanischen Zulu. Die Mitglieder der Selbsthilfegruppen haben sich diesen Namen als Zeichen gegen den Zwang zum Schweigen, wie er unter der Apartheid verhängt wurde, gegeben. Zugleich steht Khulumani für das, was der südafrikanische Schriftsteller Njabulo Ndebele als »sich selbst durch Erzählen wiederfinden« bezeichnet.

Khulumani wurde 1995 in Johannesburg mit Unterstützung *des Centre for the study of Violence and Reconciliation (Zentrum zur Erforschung von Gewalt und für Versöhnung)* gegründet. medico international unterstützt Khulumani seit der Gründung. Mittlerweile gibt es über 30 Lokalgruppen in fünf Provinzen des Landes, in denen sich Apartheid-Opfer und Angehörige von Opfern regelmäßig treffen. Die Gruppen befinden sich überwiegend in den schwarzen Townships und werden zu über 90 Prozent von Frauen aus den ärmsten Schichten der Bevölkerung besucht. In den vergangenen Jahren hatten sich die Gruppen hauptsächlich zur Aufgabe gemacht, Menschen, die vor der Wahrheitskommission aussagen wollten, Kontakte zu vermitteln und den oft schmerzhaften Prozess des Erinnerns zu begleiten. Zum Gruppenalltag gehörte und gehört das Erzählen der eigenen Verfolgungsgeschichte, aber auch die praktische Bewältigung des Alltags. Khulumani unterstützt seine Mitglieder mit juristischen Beistand, wenn es um die Durchsetzung von Entschädigungsforderungen geht, und besorgt psychologische Einzelbetreuung dort, wo Menschen an der Traumatisierung durch die eigene Repressionserfahrung oder durch den Verlust eines Angehörigen zu zerbrechen drohen.

Ähnlich wie die Mütter vom Plaza de Mayo in Argentinien sind die Khulumani-Gruppen zu einer Instanz in Südafrika geworden. Wenn es um den Umgang mit den Opfern des Apartheid-Regimes geht, kommt an der gewichtigen Stimme von Khulumani keiner vorbei. Verkörpert wird sie durch solche Frauen wie Zodwa Thobela oder der Begründerin von Khulumani Sylvia Dlomo-Jele, die unter tragischen Umständen im März 1999 ums Leben gekommen ist. Frauen wie sie sind Autoritäten in den Townships. Mit ihrem unnachgiebigem Beharren darauf, dass die vollständige Wahrheit über das Schicksal ihrer Angehörigen an das Tageslicht muss, bevor von Versöhnung überhaupt die Rede sein kann, legen sie die Grundlagen für eine Kultur der Menschenrechte.

»Unser Ziel besteht nicht nur in finanziellen Reparationszahlungen. Aber die Menschen brauchen Renten, viele haben ihre Söhne als Ernährer verloren. Sie brauchen medizinische Versorgung. Andere müssen ihre Kinder auf die Schule schicken können. Und etwas sehr

Wichtiges: Die Angehörigen brauchen Gräber, sie brauchen Grabsteine.« (Sylvia Dlomo-Jele, Gründerin von Khulumani)

Nachdem die Wahrheitskommission ihre Arbeit im Januar dieses Jahres ihre Arbeit beendete, nimmt Khulumani die Interessen der Apartheid-Opfer und ihrer Angehörigen weiter wahr. So haben sich viele Täter nicht bei der Wahrheitskommission gemeldet und fallen deshalb nicht unter die Amnestie. Ihre Strafverfolgung zu betreiben und in diesem Zusammenhang ihren Gruppenmitgliedern juristischen Beistand zu gewähren, ist nun eines der Hauptanliegen von Khulumani.

Zentrales Thema bleibt die Entschädigung der Opfer und ihrer Angehörigen. In vielen Familien wurden mit den Männern und Söhnen oft auch die Ernährer ermordet. Versuche der Regierung, weitere Entschädigungszahlungen an die Opfer generell zu verweigern, sind durch den Protest von Khulumani vereitelt worden. Nun wird in einer gemeinsamen Kommission über mögliche Formen von Entschädigungszahlungen verhandelt. Hinzukommt, dass der Prozess, wer als Opfer der Apartheid durch den Staat anerkannt, noch lange nicht abgeschlossen ist. Betroffenen bietet Khulumani hierbei Unterstützung an.

Die Trauerarbeit und die Erfahrung des die-Wahrheit-Aussprechens wird hier von neuem vollzogen. Das ist Zukunftsarbeit für Südafrika.

Khulumani Support Group ist eine Bewegung von Selbsthilfegruppen, zu der sich Überlebende und Angehörige von Opfern der Apartheid 1995 zusammengeschlossen haben. Mittlerweile gibt es über 30 Regionalgruppen in fünf Provinzen des Landes. Ursprüngliches Ziel der Gruppen war es, die Menschen in ihren Zeugenaussagen vor der Wahrheitskommission zu begleiten. Mittlerweile gehört Khulumani zu den wichtigsten Organisationen, die die Interessen der Apartheid-Opfer und ihrer Angehörigen wahrnehmen. Zu diesem Zweck organisiert Khulumani zahlreiche Aktivitäten:

- es bietet einen umfangreichen Beratungsdienst an
- koordiniert die Gruppen und unterstützt 7 ‚fieldworkers‘, die die Gruppen vor Ort betreuen
- bietet psychologische Hilfe in Gruppen an und organisiert bei Bedarf Einzelbetreuung/therapie
- vermittelt medizinische Hilfe für Folteropfer
- organisiert kollektive Rituale zur Erinnerung und Aufarbeitung der Vergangenheit. Dazu gehören Kerzenlicht-Gottesdienste und gemeinsame Gebete
- entwickelt Theaterstücke (Community Theater), in denen die eigenen Erfahrungen reflektiert werden (gemeinsam mit professionellen Schauspielern z.B. des Mehlo Communications »Theatre for Development«), die in den Gemeinden aufgeführt werden
- initiiert einkommensschaffende Projekte
- organisiert Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit zum Beispiel zu Entschädigungsfragung und Strafverfolgung von Tätern
- leistet juristischen Beistand

Rechtsgültige Berichte der Kläger (Auszüge)**1. Mord**

Elizabeth Sefolo ist die Ehefrau von Harold Sefolo, der von der südafrikanischen Polizei ermordet wurde. Harold Sefolo wurde im Juni/Juli 1986 gemeinsam mit Jackson Maake und Andrew Makupe entführt. Sefolo wurde verhört und gefoltert. Ein Messer wurde gewaltsam in seine Nase eingebracht, um die Preisgabe von Informationen über den ANC zu erzwingen. Sefolo bat um sein Leben. Maake und Makupe wurden von der Polizei durch (Elektro) Schocks getötet. Kurz danach wurde Sefolo durch (Elektro) Schocks getötet. Die Polizei brachte die Körper zu einem Minibus und platzierte diesen über einer Landmine, die zur Explosion gebracht wurde. Hierdurch sollte der Eindruck erweckt werden, dass sie sich selbst in die Luft gesprengt hätten. Frau Sefolo erfuhr vom Schicksal ihres Ehemannes durch einen Zeitungsartikel in der City Press Sunday am 26./27. Jan./Febr. 1996

Elizabeth Maake ist die Mutter von Jackson Maake, der von der südafrikanischen Polizei ermordet wurde. Maake, der für die Polizei als Spion im ANC arbeitete, wurde von der südafrikanischen Polizei (SAP) zuerst entführt und dann zu einem verlassenen Grundstück gebracht, das der Pretoria Portland Cement Mine (Mine) gehörte. Er wurde der Doppelspionage beschuldigt, was er abstritt. Er gab Makupe`s Name als seinen MK Kontakt (bewaffneter Flügel des ANC). Makupe wurde daraufhin entführt, anschließend Sefolo. Während der Folterung Sefolos wurde Maake in Gegenwart von/vor Sefolo und Makupe durch (Elektro) Schocks getötet. Frau Maake erfuhr nicht eher etwas über das Schicksal ihres Sohnes, als bis es in der City Press Sunday veröffentlicht wurde.

Ntombi Jane Mosikare ist die Schwester von Solomon Ngungunyane Mahabane, der durch die südafrikanische Polizei und das Militär ermordet wurde. Solomon war ein Mitglied des Kongresses Südafrikanischer Studenten (COSAS, Congress of South African Students). Er sowie einige andere COSAS-Mitglieder erhielten präparierte Handgranaten und wurden angewiesen, das Haus eines (Studien) Beraters in die Luft zu sprengen. Sobald der Stift der Granate entfernt wurde, explodierte diese. Dieser Fall ist bekannt als „Zero Hand Grenade“.

Nokitsikaye Violet Dakuse ist die Schwester von Tozi Skweyiya, der von der südafrikanischen Polizei am 2. März 1985 ermordet wurde. Er spielte mit seinen Freunden an der Kreuzung einer Straße, an der er lebte/wohnte. Sechs Soldaten und Polizeioffiziere erschienen – Tozi und seine Freunde rannten. Tozi betrat das Haus von Zaphukibe Jacobs. Die Polizei folgte und schoss in Gegenwart von Zaphukibe und seiner Frau drei Mal auf Tozi. Polizei und Soldaten brachten den Körper aus dem Haus, wobei sie weitere Male auf ihn schossen. Ein Van/Transporter erschien und nahm Tozi`s Körper mit. Frau Dakuse und ihre Mutter waren während dieses Vorgangs anwesend und protestierten heftig gegenüber der Polizei, die ihnen androhte, sie ebenfalls zu erschießen. Am nächsten Tag gingen Frau Dakuse und ihre Mutter zur Polizeistation, um die Leiche abzuholen. Der Leiche war alle Kleidung ausgezogen worden. Weder eine Untersuchung noch Anklage wurden jemals gegen die Täter eingeleitet bzw. erhoben.

2. Folterung

Micheal Mbele, geboren am 31. Oktober 1944, war in einer Gewerkschaft als Vertrauensmann politisch aktiv und zudem Mitglied in der UDF (United Democratic Front).

Aufgrund seiner politischen Aktivitäten wurde Herr Mbele von der Sicherheitspolizei (Special Security Police) 1986 in Untersuchungshaft gehalten und gefoltert. Drei Tage lang wurde Herr Mbele von der Polizei geschlagen, Elektroschocks ausgesetzt und zusätzlich mit einem Gummireifen gewürgt. Als Folge der Folter verlor Herr Mbele sein Hörvermögen. Sein Leiden setzte sich elf weitere Monate fort, die er in Einzelhaft verbrachte. Bis heute quälen Herrn Mbele Depressionen und Alpträume.

Lina Moreane ist die Mutter von Albert Xaba, der von der südafrikanischen Spezialpolizei (South African Special Police) ermordet wurde. Albert wurde wegen eines Bagatelldelikttes verhaftet. Im Gefängnis wurde er am Kopf geschlagen und mit Tränengas besprüht. Die Schläge verursachten bei Albert Blindheit, Stummheit und die Unfähigkeit, seine Beine zu bewegen. Für den Rest seines Lebens war Albert ans Bett gefesselt. Durch die Schläge wurden zusätzlich Blutgerinnsel im Gehirn verursacht. Albert starb schließlich an den Folgen seiner Gehirnschäden.

Peggy Salumane wurde am 27. September 1982 verhaftet und in der Protea Polizeistation gefoltert. Trotz ihrer Schwangerschaft wurde Peggy in Handschellen gehalten und die Polizei versuchte sie mit einer Plastiktüte zu ersticken. Sie wurde mit Tränengas besprüht, geschlagen und getreten. Die Polizei folterte Peggy fünf Wochen lang jeden Tag. Als Folge der Folter erlitt Peggy eine Fehlgeburt und sie entwickelte Asthma. Peggy leidet immer noch unter Alpträumen und Wahrnehmungsstörungen (distorted vision). Als Folge der Folter musste auch ihr Uterus entfernt werden.

3. Willkürlicher Arrest/Gewahrsam

Thabiso Samuel Motsie wurde während des Ausnahmezustands am 23. Dezember 1986 in Untersuchungshaft genommen. Während seiner Haft wurde er von der Polizei gefoltert. Her wurde geschlagen, getreten, misshandelt und gequält. Nach dreiwöchiger Haft in der Bothaville Polizeistation wurde er in das Kroonstadt Gefängnis überführt, wo er weiter gefoltert wurde. Motsie wurde zwar am 27. April 1987 freigelassen, jedoch weiter von der Polizei angegriffen und belästigt. Während seines Aufenthaltes im Gefängnis wurden Motsie's Verletzungen medizinisch nicht versorgt.